Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5554**
14. Wahlperiode 13. 03. 2001

Antrag

der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Peter Paziorek, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Reinhard Freiherr von Schorlemer, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Helmut Lamp, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Siegfried Hornung, Dr. Christian Ruck, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich, Sylvia Bonitz, Manfred Carstens (Emstek), Dr. Hans Georg Faust, Jochen-Konrad Fromme, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Eckart von Klaeden, Eva-Maria Kors, Thomas Kossendey, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Walter Link (Diepholz), Erich Maaß (Wilhelmshaven), Bernd Neumann (Bremen), Dr. Friedbert Pflüger, Marlies Pretzlaff, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Anita Schäfer, Heinz Schemken, Dr. Erika Schuchardt, Dr. Rudolf Seiters, Werner Siemann, Dr. Rita Süssmuth und der Fraktion der CDU/CSU

Bürger über nukleare Entsorgung umgehend und kontinuierlich informieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bis zur Bundestagswahl im Herbst 1998 haben führende Vertreter der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien den Eindruck erweckt, mit einem Regierungswechsel würden die Anlagen zur nuklearen Entsorgung in Niedersachsen und insbesondere in Gorleben nicht mehr genutzt. Noch im Herbst 1998 und Frühjahr 1999 hatte der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung über die Rücknahme der Abfälle aus der Wiederaufbereitung in England und Frankreich bestritten. Er hat damals die Praxis als „kriminelle“ Abfallverschiebung kritisiert. Diese Praxis wird jetzt allerdings fortgesetzt bis 2005. Die Rücknahmepflicht ist nunmehr unbestritten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat Ende Januar 2001 mit Frankreich eine Vereinbarung unterschrieben, mit der die Zahl der Transporte von Frankreich nach Deutschland verbindlich geregelt wird. Die Bundesregierung hat damit die völkerrechtliche Verpflichtung zur Rücknahme der Abfälle im Gegensatz zu Äußerungen im Herbst 1998 und Frühjahr 1999 in vollem Umfang anerkannt. Sie erkennt die Nutzung der Wiederaufarbeitung in Frankreich noch bis zum Jahr 2005 an und verursacht damit weitere Rücknahmepflichten bis ca. 2010.

Nimmt man die Rücknahmepflicht gegenüber England hinzu, könnten jährlich zwei bis drei Transporte in das Zwischenlager Gorleben für die nächsten zehn Jahre anstehen. Diesen Sinneswandel und die damit verbundenen Fragen an die bisherige Politik der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind allenfalls in

schriftlicher Form erläutert worden. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Einladungen, z. B. der Standortgemeinden, im Gegensatz zu seinem Kollegen aus Niedersachsen nicht nur nicht angenommen, er hat sie nicht einmal beantwortet.

Unabhängig davon, dass die Anlagen in Gorleben im Gegensatz zu früheren Aussagen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun doch zur Entsorgung genutzt werden sollen, gibt es darüber hinaus die Tatsache einer völlig veränderten Darstellung zu Sicherheitsfragen. So sind z. B. die Bahnanlagen zur Umladung auf die Straße in Dannenberg komplett erneuert worden, der Umladekran wird auf Weisung des Innenministers von Niedersachsen durch eine massive Betonhülle gegen Gewalttäter geschützt.

Wo SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Vergangenheit polemisch gegen die Sicherheit der Transporte und den Castorbehälter agitiert haben, wird heute zugestanden, der Castor sei sicher, die Transporte seien notwendig und damit Widerstand gegen die Transporte nunmehr unzulässig.

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vermeidet jede Diskussion mit Kernkraftgegnern vor Ort. Die, die gestern noch hilfreich waren auf dem Weg zur Regierungsumbildung, sind heute hinderlich und unerwünscht und müssen diszipliniert werden. Entgegen der Praxis früherer Bundesregierungen findet in den letzten zwei Jahren ein gezielter Dialog der politisch Verantwortlichen mit der Bevölkerung vor Ort nicht statt.

Gerade in schwierigen Lagen muss sich der demokratische Staat der Diskussion mit seinen Bürgern stellen. Die 180°-Wende in der Sicherheitsfrage ist zynisch und unglaubwürdig, wenn sie ohne jede Entschuldigung oder Erläuterung gegenüber Betroffenen als gegeben hingestellt wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. unverzüglich einen Dialog mit der Bevölkerung in der betroffenen Region aufzunehmen und ihre Politik zu erläutern.
2. die 1978 zur Information der Bürgerinnen und Bürger eingerichtete „Informationsstelle des Bundes“ wieder zu aktivieren, um einen dauerhaften Dialog zwischen Betroffenen und Bundesregierung zu garantieren.

Berlin, den 8. März 2001

Kurt-Dieter Grill
Dr. Peter Paziorek
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Cajus Caesar
Marie-Luise Dött
Georg Girisch
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Vera Lengsfeld
Bernward Müller (Jena)
Franz Obermeier
Christa Reichard (Dresden)
Hans-Peter Repnik
Siegfried Hornung
Dr. Christian Ruck
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Werner Wittlich
Sylvia Bonitz
Manfred Carstens (Emstek)
Dr. Hans Georg Faust
Jochen-Konrad Fromme
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Eckart von Klaeden
Eva-Maria Kors
Thomas Kossendey
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Walter Link (Diepholz)
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Bernd Neumann (Bremen)
Dr. Friedbert Pflüger
Marlies Pretzlaff
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Anita Schäfer
Heinz Schemken
Dr. Erika Schuchardt
Dr. Rudolf Seiters
Werner Siemann
Dr. Rita Süssmuth
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333